

BAUBESCHREIBUNG

GEMEINDE LANGDORF : SANIERUNG DER GVS LANGDORF - KOHLNBERG

TEIL A

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER BAULEISTUNG

1 AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN

Die **Gemeinde Langdorf** im Landkreis Regen plant den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße von Langdorf nach Kohlberg. Ziel dieser Planungen ist es, mit Hilfe einer bituminösen Oberbauverstärkung und einem teilweisen Vollausbau auf der etwa 1,44 km langen Strecke die Verkehrsverhältnisse nachhaltig zu verbessern.



Bild 1: Luftbild des Planungsgebietes

Die Gemeindeverbindungsstraße dient der verkehrlichen Anbindung des Ortes Kohlberg an den Ort Langdorf. Die Ausbaustrecke besitzt eine durchgehend bituminös befestigte Fahrbahnbreite von 5,10 m bis 5,30 m. In Teilbereichen weist die Fahrbahnoberfläche viele Netz- und Längsrisse auf. Zudem sind Schlaglöcher und sonstige Schadstellen vorhanden.



Bild 2: Schadstelle ca. bei Station 0+675 Blickrichtung Kohnberg

Des Weiteren wurde die Asphaltdecke im Laufe der Jahre durch die Verlegung verschiedener Spartenleitungen und Ausbesserungsarbeiten immer wieder in Mitleidenschaft gezogen. An einigen Stellen ist bereits eine erhebliche Schlaglochbildung zu beobachten.

Die Entwässerungseinrichtungen sind teilweise geschädigt, zugewachsen und / oder in Teilbereichen nicht mehr vorhanden.

Damit die Straße auch künftig befahrbar bleibt und um die Schäden, die auf einen frostempfindlichen Aufbau schließen lassen, zu beseitigen, sieht sich die Gemeinde Langdorf veranlasst, im Ausbaubereich auf einer Länge von etwa 1,44 km eine Oberbauverstärkung mit teilweisem Vollausbau durchzuführen und somit einen deutlich stärkeren Gesamtaufbau zu erzielen.

Aufgrund der durchgeführten Baugrunduntersuchungen des Büros IMH, Hengersberg (Prüfbericht 24211868 vom 31.10.2024 und 25221372 vom 16.07.2025) ist davon auszugehen, dass die geforderte frostsichere Oberbaustärke im gesamten Streckenabschnitt nur vereinzelt erreicht wird.

Die zu sanierende Gemeindeverbindungsstraße lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen:

1. Abschnitt: (Bauanfang bis Bau-km 0+825 km)
2. Abschnitt: (Bau-km 0+825 bis Bauende bei Bau-km 1+440 km)

Für den ersten Abschnitt der Ausbaustrecke ergibt sich nach der RSTO-12 und der Einstufung der Fahrbahn in die Bauklasse 0,3, Frostempfindlichkeit des Untergrundes F2 und Frosteinwirkungszone III ein erforderlicher frostsicherer Gesamtaufbau von 60 cm (siehe nachfolgende Tabelle). Der Abschnitt befindet sich überwiegend im Abschnitt.

Tab. 6: Ausgangswerte für die Bestimmung der Mindestdicke des frostsicheren Oberbaus			
Frostempfindlichkeitsklasse	Dicke in cm bei Belastungsklasse		
	Bk 100 bis Bk 10	Bk 3,2 bis Bk 1,0	Bk 0,3
F2	55	50	40
F3	65	60	50

Tab. 7: Mehr- oder Minderdicken infolge örtlicher Verhältnisse						
örtliche Verhältnisse		A	B	C	D	E
Frosteinwirkung	Zone I	0 cm				
	Zone II	+ 5 cm				
	Zone III	+ 15 cm				
kleinräumige Klimaunterschiede	ungünstige Klimaeinflüsse z.B. durch Nordhang oder in Kammlagen von Gebirgen		+ 5 cm			
	keine besonderen Klimaeinflüsse		0 cm			
	günstige Klimaeinflüsse bei geschlossener seitlicher Bebauung entlang der Straße		- 5 cm			
Wasserverhältnisse im Untergrund	kein Grund- und Schichtenwasser bis in eine Tiefe von 1,5 m unter Planum			0 cm		
	Grund- oder Schichtenwasser dauernd oder zeitweise höher als 1,5 m unter Planum			+ 5 cm		
Lage der Gradiente	Einschnitt, Anschnitt				+ 5 cm	
	Gelände bis Damm ≤ 2,0 m				0 cm	
	Damm > 2,0 m				- 5 cm	
Entwässerung der Fahrbahn / Ausführung Randbereiche	Entwässerung der Fahrbahn über Mulden, Gräben bzw. Böschungen					0 cm
	Entwässerung der Fahrbahn und Randbereiche über Rinnen bzw. Abläufe und Rohrleitungen					- 5 cm
Mindestdicke des frostsicheren Oberbaus						60 cm

Bild 3: Tabelle 6 und 7 der RSTO-12

Für den zweiten Abschnitt ergibt sich nach der RSTO-12 und der Einstufung der Fahrbahn in die Bauklasse BK 0,3, Frostempfindlichkeit des Untergrundes F3 und Frosteinwirkungszone III ein erforderlicher frostsicherer Gesamtaufbau von 65 cm (siehe nachfolgende Tabelle). Ein Teil des zweiten Abschnittes liegt zudem im Einschnitt. In diesen Abschnitten beträgt die erforderliche Mindestdicke des frostsicheren Oberbaus 70 cm.

Tab. 6: Ausgangswerte für die Bestimmung der Mindestdicke des frostsicheren Oberbaus				
Frostempfindlichkeitsklasse		Dicke in cm bei Belastungsklasse		
		Bk 100 bis Bk 10	Bk 3,2 bis Bk 1,0	Bk 0,3
F2		55	50	40
F3		65	60	50

Tab. 7: Mehr- oder Minderdicken infolge örtlicher Verhältnisse						
örtliche Verhältnisse		A	B	C	D	E
Frosteinwirkung	Zone I	0 cm				
	Zone II	+ 5 cm				
	Zone III	+ 15 cm				
kleinräumige Klimaunterschiede	ungünstige Klimaeinflüsse z.B. durch Nordhang oder in Kammlagen von Gebirgen		+ 5 cm			
	keine besonderen Klimaeinflüsse		0 cm			
	günstige Klimaeinflüsse bei geschlossener seitlicher Bebauung entlang der Straße		- 5 cm			
Wasserverhältnisse im Untergrund	kein Grund- und Schichtenwasser bis in eine Tiefe von 1,5 m unter Planum			0 cm		
	Grund- oder Schichtenwasser dauernd oder zeitweise höher als 1,5 m unter Planum			+ 5 cm		
Lage der Gradiente	Einschnitt, Anschnitt				+ 5 cm	
	Gelände bis Damm ≤ 2,0 m				0 cm	
	Damm > 2,0 m				- 5 cm	
Entwässerung der Fahrbahn / Ausführung Randbereiche	Entwässerung der Fahrbahn über Mulden, Gräben bzw. Böschungen					0 cm
	Entwässerung der Fahrbahn und Randbereiche über Rinnen bzw. Abflüsse und Rohrleitungen					- 5 cm
Mindestdicke des frostsicheren Oberbaus						65 cm

Bild 4: Tabelle 6 und 7 der RSTO-12

Auf Grundlage der durch das Ingenieurbüro IMH, Hengersberg, erstellten Baugrunduntersuchungen (Prüfbericht Nr. 24211686 vom 30.10.2024 und Prüfbericht Nr. 25221372 vom 16.07.2025) ist davon auszugehen, dass der geforderte Aufbau im gesamten Streckenabschnitt nur teilweise erreicht wird. Die Untersuchungen ergaben, dass die Stärke der bestehenden Frostschutzschicht zwischen 19,3 cm und 72,0 cm variiert. Die vorhandenen Asphalttschichten weisen Stärken zwischen 5,5 cm und 14,8 cm auf. Insgesamt liegt im Bereich der Ausbaustrecke ein bestehender frostsicherer Gesamtaufbau von 30 cm bis 80 cm vor.

1.1 STRASSENBAU

1.1.1 ART UND UMFANG

Die Baumaßnahme wird aufgrund der unterschiedlichen Untergrundverhältnisse sowie der unterschiedlichen Schadensbilder der Fahrbahnoberfläche in zwei Abschnitte unterteilt.

Vorgesehen ist, die bestehende Asphaltdecke auf der gesamten Strecke im Mittel um 2,5 cm abzufräsen und anschließend eine 8 cm starke Asphalttragschicht AC 22 T N einzubauen, wobei 2 cm auf den Profilausgleich von Unebenheiten auf der gefrästen Oberfläche entfallen. Darauf wird eine 4 cm dicke Asphaltdeckschicht AC 11 D N aufgebracht.

Erster Bauabschnitt (Bauanfang bis Bau-km 0+825):

In diesem Abschnitt wird die geforderte Stärke des frostsicheren Oberbaus von 60 cm nach der geplanten Oberbauverstärkung größtenteils erreicht oder lediglich knapp unterschritten. An besonders schadhafte Stellen, die sich über den gesamten Querschnitt der Straße erstrecken, soll die Fahrbahn abschnittsweise mit einem Vollausbau verbessert werden. Dabei werden die vorhandenen Asphalttschichten sowie die bestehende Frostschutzschicht vollständig ausgebaut und der Straßenaufbau anschließend gemäß Tafel 1 der RStO 12 wiederhergestellt. Je nach Beschaffenheit des Untergrunds können Bodenaustauschmaßnahmen mit einer Tiefe von etwa 20 cm bis 30 cm erforderlich sein. Bei lokal auftretenden Aufweichungen ist zusätzlich der Einbau einer 30 cm starken Schropfenlage sowie einer 10 cm dicken Ausgleichsschicht aus Frostschutzmaterial 0/45 mm vorgesehen. An den Übergangsbereichen ist zudem die Verlegung eines vorbituminierten Asphaltarmierungsgitters geplant.

An leichteren und örtlich begrenzten Schädstellen wird der Asphalt bis auf das Frostschutzplanum abgefräst, dieses nachverdichtet und der Asphaltaufbau in erforderlicher Stärke wiederhergestellt. Zusätzlich wird unter der Asphalttragschicht im Bereich der Schädstellen ein vorbituminiertes Asphaltarmierungsgitter aus Glasfaser eingebaut, um die zukünftige Rissbildung zu minimieren.

Die weniger schadhafte Abschnitte sollen mit einer Oberbauverstärkung nach Tafel 5 RStO 12 verbessert werden.

Geplanter Straßenaufbau Vollausbau BA1:

Asphaltdeckschicht ADS AC 11 DN (96 kg/m ²).....	4,0 cm
Asphalttragschicht ATS AC 22 TN (240 kg/m ²).....	10,0 cm
Frostschutzschicht EV2 > 100 MN/m ²	46,0 cm
Gesamtstärke nach RStO-12 für BK 0,3 (Frostempfindlichkeit F2).....	60,0 cm

Hinweis:

Die Stärke der Asphalttragschicht kann variieren, da diese zunächst an die bestehende Tragschicht der Bereiche ohne Vollausbau angepasst wird. Anschließend wird über die gesamte Strecke die Oberbauverstärkung durchgeführt.

Zweiter Bauabschnitt (Bau-km 0+825 bis Bauende bei Bau-km 1+440):

In diesem Abschnitt wird die geforderte Stärke des frostsicheren Oberbaus von 65 cm bzw. 70 cm in der Regel nicht erreicht. Auch wenn nach der vorgesehenen Oberbauverstärkung formal kein vollständig frostsicherer Aufbau erreicht wird, sind in diesem Bauabschnitt nur vereinzelt Schäden erkennbar, die auf eine unzureichende Frostsicherheit des Unterbaus zurückzuführen sind. Im übrigen Streckenabschnitt sind keine Schadensbilder erkennbar, die auf einen mangelnden Frostschutz hindeuten.

Bei den vorhandenen Schädstellen, die zumeist am linken Fahrbahnrand auftreten, werden die

Asphaltschichten sowie die bestehende Frostschutzschicht vollständig ausgebaut und der gesamte Oberbau gemäß Tafel 1 der RStO 12 wiederhergestellt. An den Übergangsbereichen ist zudem die Verlegung eines vorbituminierten Asphaltarmierungsgitters geplant. Abhängig von den Untergrundverhältnissen können Bodenaustauschmaßnahmen von 20 cm bis 30 cm erforderlich werden. Bei lokal auftretenden Aufweichungen kann zusätzlich der Einbau einer 30 cm starken Schroppenlage sowie einer 10 cm dicken Ausgleichsschicht aus Frostschutzmaterial 0/45 mm notwendig sein. An den Schnittstellen ist zudem ein vorbituminiertes Asphaltarmierungsgitter vorgesehen.

Die Zufahrt Nr. 01 (Richtung Klafferhof) soll auf eine Länge von ca. 22 m erneuert werden. Hierfür soll eine neue Asphaltdeckschicht AC 11 D N aufgebracht werden. Die Zufahrt soll im Anschlussbereich auf die neue Höhe der GVS Langdorf – Kohlberg angepasst werden. Hier soll zudem ein neuer Dreizeiler errichtet werden. Die restlichen (Feld-)Zufahrten sind ebenfalls an die neue Höhe der Gemeindeverbindungsstraße anzupassen. In den Kurveninnenseiten sollen die Bankette mit Rasengittersteinen auf Beton hergestellt werden. Diese sollen mit Beton verfüllt werden.

Geplanter Straßenaufbau Vollausbau BA2:

Asphaltdeckschicht ADS AC 11 DN (96 kg/m²).....	4,0 cm
Asphalttragschicht ATS AC 22 TN (240 kg/m²).....	10,0 cm
Frostschutzschicht EV2 > 100 MN/m².....	51,0 cm
Gesamtstärke nach RStO-12 für BK 0,3 (Frostempfindlichkeit F3).....	65,0 cm

Bzw.

Asphaltdeckschicht ADS AC 11 DN (96 kg/m²).....	4,0 cm
Asphalttragschicht ATS AC 22 TN (240 kg/m²).....	10,0 cm
Frostschutzschicht EV2 > 100 MN/m².....	56,0 cm
Gesamtstärke nach RStO-12 für BK 0,3 (Frostempfindlichkeit F3).....	70,0 cm

Hinweis:

Die Stärke der Asphalttragschicht kann variieren, da diese zunächst an die bestehende Tragschicht der Bereiche ohne Vollausbau angepasst wird. Anschließend wird über die gesamte Strecke die Oberbauverstärkung durchgeführt.

1.1.2 UNTERBAU

Die Stärke der bestehenden Frostschutzschicht variiert zwischen 19,3 cm und 72,0 cm. Die vorhandenen Asphaltschichten weisen Stärken zwischen 5,5 cm und 14,8 cm auf. Insgesamt liegt im Bereich der Ausbaustrecke ein bestehender frostsicherer Gesamtaufbau von 30 cm bis 80 cm vor.

Im ersten Abschnitt (Bauanfang bis Bau-km 0+825) wird die erforderliche Stärke des frostsicheren Oberbaus von 60 cm nach der vorgesehenen Oberbauverstärkung überwiegend erreicht bzw. nur geringfügig unterschritten. In besonders schadhafte Bereichen, die sich über die gesamte Fahrbahnbreite erstrecken, ist eine abschnittsweise Erneuerung der Fahrbahn im Vollausbau vorgesehen. Hierbei werden sowohl die vorhandenen Asphaltschichten als auch die bestehende Frostschutzschicht vollständig entfernt und der Straßenaufbau anschließend gemäß Tafel 1 der RStO 12 neu hergestellt. Abhängig von der Beschaffenheit des Untergrundes können Bodenaustauschmaßnahmen in einer Tiefe von etwa 20 cm bis 30 cm erforderlich werden. Bei lokal auftretenden Aufweichungen ist zusätzlich der Einbau einer 30 cm starken Schroppenlage sowie einer 10 cm dicken Ausgleichsschicht aus Frostschutzmaterial 0/45 mm vorgesehen. In den Übergangsbereichen ist zudem die Verlegung eines vorbituminierten Asphaltarmierungsgitters geplant.

Im zweiten Abschnitt (Bau-km 0+825 bis Bauende) wird die geforderte Stärke des frostsicheren Oberbaus von 65 cm in der Regel nicht erreicht. Auch nach der vorgesehenen Oberbauverstärkung kann formal kein vollständig frostsicherer Aufbau hergestellt werden. Dennoch sind in diesem Bauabschnitt lediglich vereinzelt

Schäden festzustellen, die auf eine unzureichende Frostsicherheit des Unterbaus zurückzuführen sind. Im übrigen Streckenverlauf treten keine Schadensbilder auf, die auf einen mangelnden Frostschutz hinweisen.

An den vorhandenen Schadstellen, die überwiegend am linken Fahrbahnrand auftreten, ist ein vollständiger Ausbau der Asphaltsschichten sowie der bestehenden Frostschutzschicht vorgesehen. Der Straßenoberbau wird anschließend gemäß Tafel 1 der RStO 12 wiederhergestellt. Abhängig von den jeweiligen Untergrundverhältnissen können Bodenaustauschmaßnahmen in einer Tiefe von etwa 20 cm bis 30 cm erforderlich werden. Bei lokal begrenzten Aufweichungen kann zusätzlich der Einbau einer 30 cm starken Schroppenlage sowie einer 10 cm dicken Ausgleichsschicht aus Frostschutzmaterial 0/45 mm notwendig sein. In den Übergangsbereichen ist zudem die Verlegung eines vorbituminierten Asphaltarmierungsgitters vorgesehen.

1.1.3 ENTWÄSSERUNG

Das Oberflächenwasser wird außerorts wie bisher über die Bankette breitflächig ins angrenzende Gelände bzw. in die straßenbegleitenden Straßengraben eingeleitet. Bestehende Rohrdurchlässe im Bereich von Zufahrten werden gereinigt, bzw. bei Bedarf erneuert.

Im Anschlussbereich der Zufahrt Nr. 01 (Richtung Klafterhof) soll ein Dreizeiler das anfallende Niederschlagswasser ordnungsgemäß in den straßenbegleitenden Graben leiten.

1.1.4 OBERBAU

Vorgesehen ist, die vorhandene Asphaltdecke über die gesamte Streckenlänge im Mittel um 2,5 cm abzufräsen. Anschließend wird eine 8 cm starke Asphalttragschicht AC 22 T N eingebaut, wobei 2 cm dem Profilausgleich von Unebenheiten auf der gefrästen Oberfläche dienen. Abschließend erfolgt der Einbau einer 4 cm dicken Asphaltdeckschicht AC 11 D N.

Es ist zu darauf zu achten, den pechhaltigen Straßenaufbruch und den gering/nicht verunreinigten Ausbauphosphat in verschiedenen Haufwerken zu lagern und strikt voneinander zu separieren. Auf Grundlage der durchgeführten Baugrunduntersuchungen lassen sich zwei Bereiche abgrenzen, in denen voraussichtlich pechhaltiger Straßenaufbruch (Verwertungsklasse B) anzutreffen ist:

- Bau-km 0+075 bis 0+395
- Bau-km 1+160 bis 1+375

1.1.5 TRASSIERUNG

Die Trassierung der Fahrbahn richtet sich nach den bestehenden Verhältnissen und wird, wie bisher im Wesentlichen unverändert beibehalten.

1.2 INGENIEURBAUWERKE

Entfällt.

1.3 LANDSCHAFTSBAU

Der Landschaftsbau beschränkt sich im Wesentlichen auf die Wiederherstellung der im Zuge der Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogenen angrenzenden Wiesen- und Grünflächen. Hierzu sind diese Bereiche unmittelbar nach den erfolgten Bauarbeiten in den ursprünglichen Zustand zu versetzen und zu begrünen.

1.4 KANALBAU

Entfällt.

1.5 WASSERLEITUNGSBAU

Entfällt.

1.6 KABELARBEITEN

Entfällt.

2 AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN

Entfällt.

3 AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN

keine

4 GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN

keine

BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE

5 LAGE DER BAUSTELLE

Das Planungsgebiet befindet sich im südöstlichen Gemeindebereich der Gemeinde Langdorf.

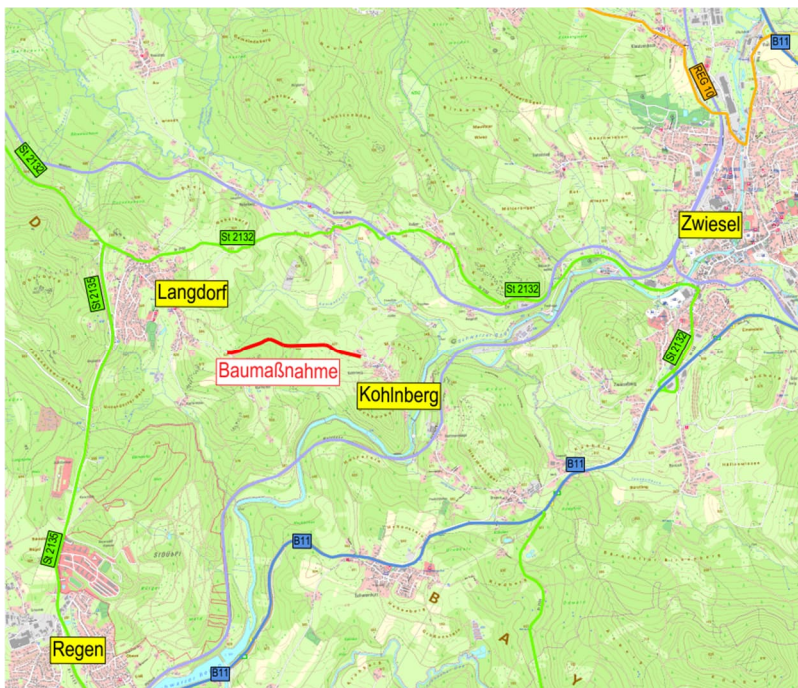


Bild 5: Übersichtskarte mit Darstellung der Baumaßnahme

Durch die Angebotsunterzeichnung bestätigt der Bieter, dass ihm die Lage der Baustelle, ihre Zufahrten, sowie alle sonstigen öffentlichen Verhältnisse bekannt sind. Eine spätere Geltendmachung von Ansprüchen für Aufwendungen, die sich aus Unkenntnis der Örtlichkeiten ergeben, wird nicht anerkannt.

6 VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE

Die Baustelle ist über die unter Ziff. 5 dargestellten Straßen erreichbar. Die zu benutzenden Ortsstraßen, Gemeindestraßen, Feldwege, Grundstückszufahrten usw. sind für schweren Baustellenverkehr nicht bzw. nur bedingt geeignet. Der AN ist verpflichtet, vor Beginn und nach Beendigung der Bauarbeiten eine gemeinsame Begehung unter Beteiligung des zuständigen Baulastträgers durchzuführen und das Resultat schriftlich festzuhalten. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Straßen und Wege wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Aufwendungen hierfür bzw. zur Beseitigung von Schäden an diesen Einrichtungen infolge des Baustellenverkehrs sind in die EP einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

7 ZUGÄNGE, ZUFAHRTEN

Zugänge und Zufahrten zur Baustelle über die unter Ziff. 5 genannten Verkehrswege hinaus sind Sache des AN. Sämtliche Erschwernisse für das Anliefern von Baustoffen und Bauteilen über das öffentliche Straßennetz sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

8 ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN

Wasseranschlüsse, Stromanschlüsse, Gas- und Druckluftanschlüsse sowie Anschlüsse an Entsorgungsleitungen werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Eine Vergütung für Anschlussverbraucherkosten erfolgt nicht.

9 LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE

Als Baulager stellt der AG eine befestigte Fläche in unmittelbarer Nähe zur Baustelle zur Verfügung. Benötigt der Auftragnehmer weitere Flächen für die Baustelleneinrichtung als Lager- und Arbeitsplätze oder als Montageplätze für die Errichtung der Konstruktion sowie weitere Zufahrtswege, so ist es seine Sache, sie sich zu beschaffen oder ihre Benutzung zu vereinbaren.

Der AN hat seine Baustelleneinrichtung und sein Baulager abzusichern und ausreichend zu schützen. Der Mehraufwand hierfür wird nicht gesondert vergütet und ist in die EP mit einzukalkulieren.

10 OBERFLÄCHENWASSER

Im Bereich der Baustelle kann sauberes Oberflächenwasser über die vorhandenen straßenbegleitenden Entwässerungseinrichtungen den Vorflutern bzw. dem bestehenden Kanal zugeführt werden. Vom AN ist sicherzustellen, dass die Entwässerungsfunktion der vorhandenen Gräben und Kanäle durch die Baumaßnahme nicht in schädigender Weise beeinträchtigt wird.

11 BODEN- UND UNTERGRUNDVERHÄLTNISSE

Ausführliche Baugrunduntersuchungen wurden seitens des AG durchgeführt und sind dieser Ausschreibung als Baugrundgutachten (Prüfbericht IMH Nr. 24211868 vom 31.10.2024 und 25221372 vom 16.07.2025) in digitaler Form beigelegt. Für den eigentlichen Untergrund außerhalb des Straßenbereiches ist von folgenden generellen Baugrundverhältnissen auszugehen.

Im Untersuchungsgebiet ist mit den Verwitterungsdeckschichten des kristallinen Grundgebirges unterhalb von Fließerden in Form von Lehmen zu rechnen. In den tieferen Lagen der Bohrungen ist mit einem mehr oder minder raschen Übergang zum kristallinen Grundgebirge (Festgestein, Gneis bzw. Diatexit) zu rechnen.

Gemäß der historischen Karte von Bayern (vgl. Anlage 1.2b Bodengutachten) liegen im Untersuchungsgebiet keine Hinweise auf obertägigen Bergbau oder dergleichen, welche auf mächtigere Ver- bzw. Auffüllungen schließen lassen, vor.

Aufgrund der Lage des Baufeldes sind oberflächennah unterschiedlich mächtige anthropogene Auffüllungsböden unterhalb der asphaltierten Straßenbefestigungen in Form eines unterschiedlich mächtigen Frostschutzkoffers abzuschätzen.

Der bei den Felderkundungen angetroffene Untergrund kann nach den derzeitigen Erkenntnissen in folgende Bodenschichten eingeteilt werden (vgl. Anlage 1.3 Bodengutachten).

Bodenschicht 1 – Auffüllungen (Straßenoberbau)

In diesem Schichtpaket werden die in allen Aufschlüssen erkundeten Auffüllungsböden des Straßenoberbaus zusammengefasst. Die Bodenschicht 1 wurde in allen Aufschlüssen unterhalb einer bis zu 15 cm mächtigen Asphaltschicht bis in eine Tiefe von max. 0,60 m u. GOK im Aufschluss BS 4 in Form von Kiesen mit unterschiedlich hohem Sand- sowie Schluffanteil und grauer bis graubrauner Färbung aufgeschlossen.

Die überwiegend grobkörnigen bis gemischtkörnigen Auffüllungsböden der Bodenschicht 1 weisen nach der Beurteilung der Schwere der ausgeführten Bohrungen mehrheitlich mitteldichte bis dichte Lagerungsverhältnisse auf.

Untergeordnet konnte im Aufschluss BS 3 ein erhöhter Feinkornanteil mit steifer Konsistenz festgestellt werden.

Nach DIN 18196 können die Böden dieser Bodenschicht mit den Gruppensymbolen [GW/GU/GT/GU*/GT*] gekennzeichnet werden. Nach DIN 18300 (2012-09) handelt es sich um leicht bis mittelschwer lösbbare Böden der Bodenklassen 3 und 4. Bei Wasserzutritt und/ oder dynamischer Belastung sowie Entspannung verschlechtern sich die bodenmechanischen Kenngrößen in Abhängigkeit der eingelagerten Feinkornanteile, so dass eine Zuordnung zu Bodenklasse 2 gegeben sein kann.

Bei Einlagerungen anthropogener Fremd- und/oder Störstoffe (Ziegel, Beton, Altfundamentreste etc.) ist eine Zuordnung zu den Bodenklassen 5 und 6 nicht auszuschließen.

Die Auffüllungen dieser Bodenschicht sind in Anlehnung an die DIN 18300 (2019-09) dem Homogenbereich B1 zuzuordnen (siehe Kapitel 5 Bodengutachten).

Bodenschicht 2 – Sand/Kies (Zersatz)

Das Liegende in allen Aufschlüssen bilden die Verwitterungsdeckschichten des kristallinen Grundgebirges in Form von sandigen bis stark sandigen Kiesen mit unterschiedlich hohem Schluffanteil bzw. untergeordnet in Form von schluffigen Sanden mit unterschiedlich hohem Kiesanteil.

Die mehrheitlich braun gefärbten Böden dieses Schichtpakets standen in allen Aufschlüssen unterhalb des Straßenoberbaus der Bodenschicht 1 bis zur jeweils erreichten Endteufe von 1,00 m u. GOK an.

Nach der Beurteilung der Schwere der durchgeführten Bohrsondierungen ist diesem Schichtpaket eine mehrheitlich mitteldichte bis dichte Lagerung zuzuordnen. Gemäß der örtlichen Bodenansprache weisen die bindigen Feinkornanteile dieses Schichtpakets großteils halbfeste Konsistenzen auf.

Nach DIN 18196 könne die Böden der Bodenschicht 2 mit den Gruppensymbolen GU/GT/GU*/GT*/SU*/ST* gekennzeichnet werden. Nach DIN 18300 (2012-09) handelt es sich um mittelschwer lösbbare Böden der Bodenklasse 4. Bei Wasserzutritt und/oder dynamischer Belastung sowie Entspannung verschlechtern sich die bodenmechanischen Kenngrößen mit einer Zuordnung zu Bodenklasse 2 deutlich.

Die Böden der Bodenschicht 2 sind in Anlehnung an die DIN 18300 (2019-09) dem Homogenbereich B2 zuzuordnen (siehe Kapitel 5 Bodengutachten).

HYDROLOGISCHE VERHÄLTNISSE

Bei vergleichbaren Erkundungen im Nahbereich der geplanten Maßnahme wurde kein Grund-, vereinzelt jedoch Schicht- und Hangwasser angetroffen. Schichtwasserführungen sind somit im jahreszeitlichen Verlauf nicht auszuschließen.

SICHERUNGEN GEGEN TAGWASSER UND DESSEN BESEITIGUNG WERDEN NICHT GESONDERT VERGÜTET UND SIND IN DIE EP EINZURECHNEN. DAS GILT AUCH FÜR DEN WASSERANFALL BEREITS BESTEHENDER KANÄLE, HAUSANSCHLÜSSE, STRAßENENTWÄSSERUNGEN, BACHLÄUFE USW.

12 SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSSTELLEN

Überschüssiger oder nicht verwertbarer Boden ist vom AN bis zur Beprobung getrennt nach Homogenbereichen und Belastungsklassen in Haufwerken zwischenzulagern. Hierfür stellt der AG keine gesonderten Flächen zur Verfügung. Es ist Sache des AN sich entsprechende Flächen zu beschaffen oder ihre Benutzung mit dem Eigentümer zu vereinbaren.

Nach Beurteilung der Proben nach LAGA M20 (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall), Leitfaden bzw. Mantelverordnung (vom Bodengutachter zu entscheiden), wird folgendermaßen weiter verfahren:

- Material Z 0 - in Eigentum des AN übernehmen und von der Baustelle entfernen und fachgerecht verwerten. Mengenberechnung nach Wiegescheinen. Die Anforderungen gem. LAGA M 20 sind dabei unbedingt zu beachten.
- Material Z 1.1 - in Eigentum des AN übernehmen und von der Baustelle entfernen und fachgerecht verwerten bzw. entsorgen. Für die Vergütung der Position sind die Annahme- und Wiegescheine einer zugelassenen Grube bzw. Deponie vorzulegen. Die Anforderungen gem. LAGA M 20 sind dabei unbedingt zu beachten.

Für das restliche Material mit höheren Belastungen hat der AN ein Nachtragsangebot für die fachgerechte Entsorgung des Materials entsprechend LAGA M 20 (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall), Leitfaden bzw. Mantelverordnung zu stellen. Es steht dem AG frei entsprechende Vergleichsangebote anzufordern und evtl. gesondert zu vergeben.

Anmerkung:

Sollte kein Material der Belastungsklasse Z0 und/oder Z 1.1 anfallen, hat der AN keinen Anspruch auf Vergütung bei Wegfall einer oder beiden Positionen. Der AN hat dies in seiner Kalkulation zu berücksichtigen. Bei fahrlässiger Vermischung des Bodenmaterials und dgl. haftet der AN für die Mehrkosten der Entsorgung. Das gelagerte und wieder zu verwendende Aushubmaterial, sowie die Haufwerke zur Entsorgung sind mit einer Folie abzudecken und mit Sandsäcken zu sichern. Die Leistung ist einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Anfallendes Fräsgut ist ebenfalls bis zur Beprobung getrennt nach Verunreinigungsclassen in Haufwerken zwischenzulagern. Hierfür stellt der AG einen ca. 1,5 km weit entfernten Lagerplatz zur Verfügung.

Etwa benötigtes Bodenmaterial, Frostschutzkies oder Sand darf nur aus genehmigten Entnahmestellen abgebaut und bezogen werden. Die Eignung dieser Baustoffe ist vom AN ohne gesonderte Vergütung nachzuweisen.

13 ZU SCHÜTZENDE BEREICHE UND OBJEKTE

Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, der Wasserrechtsbehörde sind unbedingt einzuhalten oder zu berücksichtigen. **Es ist darauf zu achten, dass keine Verschmutzung der Gewässer erfolgt.**

Erdmassen und Baumaterialien sind so zu lagern, dass sie nicht abgeschwemmt werden. Schadstoffe, Betonrückstände, Feinteile oder Wasser mit pH-Werten über 8,5 darf keinesfalls in den Vorfluter oder den Untergrund eingeleitet werden.

14 ANLAGEN IM BAUGELÄNDE

Abwasserkanäle, Wasserleitungen, Gas-, Strom- und Fernmeldeanlagen sind, soweit im Baubereich vorhanden, in die Ausführungspläne eingetragen. **DIESE EINTRAGUNGEN HABEN INFORMATIVEN CHARAKTER.** Der AN hat sich rechtzeitig bei den zuständigen Stellen und Fachbehörden über die genaue Lage von Ver- und Entsorgungseinrichtungen zu informieren. Müssen derartige Einrichtungen und eventuelle Kabelstränge aus Gründen der künftigen Linienführung verlegt werden, werden die Leistungen nach den entsprechenden Positionen des LV vergütet. Für Schäden an Kabelsträngen und Leitungen, die durch Bauarbeiten oder mangelhafte Sicherungsmaßnahmen entstehen, ist der AN haftbar und schadenersatzpflichtig. Erschwerisse aus Stillstandszeiten, hervorgerufen durch die zu verlegenden Kabel, werden nicht gesondert vergütet. Beim Verlegen von Leitungen und Kabeln wird besonders darauf verwiesen, dass bestehende Anlagen (einschl. Drainagen) so zu sichern bzw. zu verlegen sind, dass diese in ihrer Funktion ständig aufrechterhalten bleiben. Bei Beschädigung ist entsprechender Ersatz zu leisten.

Werden nicht bekannte Leitungen und Kabel angetroffen, ist der AG unverzüglich zu unterrichten.

15 ÖFFENTLICHER VERKEHR AUF DER BAUSTELLE

Sämtliche Bauarbeiten sind unter Vollsperrung zu durchzuführen. Zugänge und Zufahrten zu den Anwesen sind verkehrssicher freizuhalten.

Die Umleitungsstrecken und geänderten Verkehrsführungen sind auszuschildern und zu unterhalten. Diese Leistungen werden nach den entsprechenden LV-Positionen vergütet.

Der Anliegerverkehr soll so weit wie möglich von einer Seite aufrechterhalten werden. Die Zugänge zu den Anwesen sind, falls möglich, verkehrssicher freizuhalten und ggf. zu überbrücken und zu beleuchten. Erschwernisse und Aufwendungen durch den öffentlichen Verkehr sowie Kosten für evtl. Umfahrungen, Behelfsrampen, Überbrückungen, Baustraßen und dgl. für den Baustellenverkehr sowie für den Unterhalt von Verkehrsflächen, für die Verkehrssicherung und für die Verkehrsleitung werden nicht gesondert vergütet und sind in die EP einzurechnen. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen sind vom AN zu beantragen. Die Baustelleneinrichtung muss so aufgestellt werden, dass keine Straßen und Wege mit öffentlichem Verkehr für das Be- und Entladen von Baugeräten und Baustoffen benutzt werden.

WICHTIG!

Im Bereich der Baustelle hat der AN für die reibungslose Müllentsorgung zu sorgen. Der AN hat mit der ZAW bzw. mit den Müllabfuhrunternehmen einen Sammelplatz bzw. Sammelplätze zu vereinbaren zu dem bzw. zu denen der AN die Mülltonnen (Restmüll, Biomüll und Papiertonnen), der durch die Bauarbeiten von der Müllentsorgung abgeschnittenen Haushalte, fördert und wieder zu jedem Haushalt zurückbringt. Der AN hat die Mülltonnen mit Aufklebern zu versehen mit Angabe des Eigentümers und der Hausnummer. Diese Leistung ist in die EP einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet. Für den reibungslosen Müllabtransport haftet der AN. Schadensersatzansprüche aus nicht abgeholten oder beschädigten Mülltonnen gehen zu Lasten des AN!

Erschwernisse und Aufwendungen durch den öffentlichen Verkehr sowie Kosten für evtl. Umfahrungen sowie für den Unterhalt von Verkehrsflächen, für die Verkehrssicherung und für die Verkehrsleitung sind in die EP der entsprechenden Positionen einzurechnen. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen, besonders teilweise Sperrungen der übergeordneten Straßen, sind vom AN zu beantragen. Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Baustelleneinrichtung muss so aufgestellt werden, dass keine Straßen und Wege mit öffentlichem Verkehr für das Be- und Entladen von Baugeräten und Baustoffen benutzt werden.

AUSFÜHRUNG DER BAULEISTUNG

16 VERKEHRSFÜHRUNG, VERKEHRSSICHERUNG

Verkehrsführung s. Ziff. 15

Während der Baumaßnahme und den Vollsperrungen sind die Umleitungsstrecken (siehe Umleitungs- und Beschilderungspläne) durch den AN vorschriftsmäßig zu beschildern, zu beleuchten und zu sichern. Die geforderten Beschilderungen, Hinweise und Aufhebung von Verkehrszeichen, Hinweistafeln und Wegweisern entsprechend der verkehrsrechtlichen Anordnung sind in die EP einzukalkulieren bzw. werden nach den entsprechenden Positionen im LV vergütet.

Die Baustelle ist durch den AN vorschriftsmäßig zu beschildern, zu beleuchten und zu sichern. Für die Verkehrssicherung gelten die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) in der aktuellen Ausgabe einschließlich der Ergänzungen sowie alle einschlägigen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften (UVV). Verunreinigungen durch an- und abfahrenden Baustellenverkehr sind unbedingt zu vermeiden. Eventuelle hierdurch bedingte Straßenreinigungen sind auf Kosten des AN durchzuführen. Die verkehrsrechtliche Anordnung ist rechtzeitig durch den AN beim AG zu beantragen. Erst nach Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnung durch die Bauverwaltung kann die Sperrung bzw. Umleitung wirksam werden. Die Herstellung der Umleitungsschilder, die Aufstellung und der Abbau, sowie das unkenntlich Machen nachts und an Wochenenden obliegt dem AN. Die Kosten hierfür sind in die Positionen des Leistungsverzeichnisses einzurechnen.

17 BAUABLAUF

Von Seiten des AG ist geplant, die Baumaßnahme im Jahr 2026 durchzuführen. Vor der Auftragsvergabe ist vom AN ein Rahmenterminplan vorzulegen, welcher diese Vorgaben berücksichtigt und der mit Unterzeichnung des Angebots Vertragsbestandteil wird.

Der Bauablauf bleibt im Allgemeinen dem AN überlassen, jedoch ist bei der Erstellung des Bauzeitenplanes eine enge Zusammenarbeit mit dem ausschreibenden Ingenieurbüro erforderlich. Die Leistungen für die Erstellung des Bauzeitenplanes sind in die EP einzurechnen.

18 BAUBEHELFE

Sämtliche Baubehelfe wie Baugrubenverbau und speziell erforderliche Arbeits- und Schutzgerüste und Absturzsicherungen, soweit sie nicht Bestandteil des Bauvertrages sind, werden nicht gesondert vergütet. Sie sind in die entsprechenden Einheitspreise einzukalkulieren.

Für eventuelle Nebenangebote und Sondervorschläge sind vom AN vollständige Angaben in prüffähiger Form 3-fach vorzulegen.

19 STOFFE, BAUTEILE

Alle Leistungen umfassen, soweit im LV nicht anders vorgegeben, auch die Lieferung der dazugehörigen Stoffe und Materialien einschließlich Abladen und Lagern auf der Baustelle sowie dem Versetzen bzw. Einbauen der Konstruktionen. **SÄMTLICHE MATERIALAUFWENDUNGEN, AUSLÖSEN, REISEKOSTEN SOWIE LÖHNE DER MITARBEITER SIND EBENSO IN DIE EINHEITSPREISE EINZURECHNEN.**

20 WINTERBAU

Entfällt.

21 BEWEISSICHERUNG

Eine Beweissicherung soll vom AN vor Beginn seiner Arbeiten durchgeführt werden. Die hierfür erforderlichen Arbeiten werden nach entsprechenden Positionen der Leistungsbeschreibung vergütet.

22 SICHERUNGSMÄßNAHMEN

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der verkehrssichernden Beschilderung ist vom AN laufend zu überprüfen und zu sichern. Bei Arbeiten im Bereich von Leitungen und Kabeln hat sich der Auftragnehmer über deren Lage bei den entsprechenden Leitungsträgern zu informieren und deren Schutzanweisungen zu befolgen.

23 BELASTUNGSANNAHMEN

Die Tragfähigkeit der Bauwerke, Rohre und Schächte ist für die Belastung aus Erdüberdeckung, Verkehrslast und Erdruchdruck nachzuweisen. Als Verkehrslast sind anzusetzen:

- ☐ 12 to außerhalb des Straßenraumes
- ☐ 60 to innerhalb von Straßenräumen

24 AUFMAßVERFAHREN

Das Aufmaß erfolgt entsprechend der Leistungsbeschreibung mit der zuständigen Bauaufsicht. Hierfür benötigtes Personal ist vom AN unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Zeitpunkt eines Aufmaßes ist rechtzeitig vor Durchführung mit der Bauleitung abzusprechen. Beteiligt sich der AN nicht ausreichend am Aufmaß, gelten die Festlegungen des AG, falls der AN nicht deren Unrichtigkeit nachweist.

25 PRÜFUNGEN

Die vom AN durchzuführenden Kontrollprüfungen dürfen nur im Beisein eines Vertreters des AG durchgeführt werden. Protokolle hierzu sind dem AG zur Verfügung zu stellen. Die Termine zur Durchführung sind dem AG rechtzeitig anzuzeigen. Die Ergebnisse der Eignungsprüfungen, Eigenüberwachungsprüfungen und dgl. sind, soweit für verschiedene Baustoffe vorgeschrieben, dem AG vor Baubeginn vorzulegen.

26 AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

Sämtliche für die Ausführung erforderlichen Ausführungspläne werden vom AG dreifach (ggf. auf Datenträgern) zur Verfügung gestellt. Sämtliche, dem AN übergebenen Ausführungsunterlagen müssen auf der Baustelle in mindestens einfacher Ausfertigung aufliegen. Glaubt sich der AN wegen fehlender Ausführungsunterlagen behindert, so hat er diese rechtzeitig beim ausschreibenden Ingenieurbüro schriftlich anzufordern.

27 VOM AN ZU BESCHAFFENDE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

- Der AN hat sich vor Beginn der Bauarbeiten über den Verlauf von Kabeltrassen, Kanaltrassen und dgl. bei den entsprechenden Stellen zu informieren und den AG zu benachrichtigen. Dies ist in die EP einzurechnen.
- Der AN hat den Ablauf der Bauarbeiten in einem Bauzeitenplan verbindlich festzulegen und mind. eine Woche vor Baubeginn dem AG und der Bauleitung zur Prüfung und Freigabe zu übergeben. Aufwendungen hierfür werden nicht gesondert vergütet und sind einzurechnen.
- Der AN hat sämtliche Erschwernisse aus den beengten Geländebedingungen in seine Einheitspreise einzurechnen.
- Die Sicherung der Absteckung sowie die weiteren für Bauabwicklung und Bestandsdokumentation erforderlichen Vermessungsarbeiten sind vom Auftragnehmer durchzuführen. Die Kosten dafür sind in die Einheitspreise einzurechnen.
- Der AN hat nach Auftragserteilung alle Arbeiten mit dem Versorgungsunternehmen und dessen Unternehmen so weit zu koordinieren, dass keine unnötigen Behinderungen entstehen. Aufwendungen hieraus werden nicht gesondert vergütet.
- Für die zur Verwendung kommenden Rohre sind geprüfte statische Berechnungen beizubringen. Aufwendungen hierfür sind in die EP einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.
- Mit der Schlussrechnung sind vom AN Bestandspläne in 3-facher Ausfertigung auf Papier und in digitaler Form zweifach vorzulegen. Die digitale Form der Unterlagen ist dabei im PDF-, DWG- und Isybau-Format auszuführen. Die Bestandspläne sind entsprechend den Angaben im Leistungsverzeichnis zu erstellen. Die Leistungen hierfür werden nach entsprechender Position des Leistungsverzeichnisses vergütet.

Die Auszahlung des Rechnungsrückhaltes ist u.a. von der Vorlage dieser Unterlagen sowie von der Behebung etwa bei der Abnahme festgestellter Mängel abhängig.

TEIL B

ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN **AUSFÜHRUNGSFRISTEN**

28 GELTENDE ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Für die Durchführung der Bauarbeiten gelten sämtliche technische und zusätzliche technische Vorschriften und Richtlinien in der jeweiligen aktuellen Fassung.

29 ÄNDERUNGEN UND ERGÄNZUNGEN DER ZTV

Bei Fahrbahnaufweitungen, Verbreiterungen und im Bereich von Randeinfassungen gilt das örtliche Aufmaß. Erschwernisse infolge wechselnder Breite (z.B. Fahrbahnaufweitungen) sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Asphaltschichten werden nach der obersten Schicht abgerechnet.

30 SONSTIGE ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN DER STRAßENBAUBEHÖRDE

Für den Gewässerausbau sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) zu beachten.

31 AUSFÜHRUNGSFRISTEN

Für die vom AN durchzuführenden Leistungen sind die folgenden Ausführungsfristen zu beachten.

BAUBEGINN:	FRÜHESTENS 18.05.2026
BAUENDE:	SPÄTESTENS 30.11.2026
DURCHFÜHRUNG DER ARBEITEN IN DIESEM ZEITRAUM NACH WAHL DES AN INNERHALB EINER BAUZEIT VON MAXIMAL 6 WOCHEN	
VORLAGE SCHLUSSRECHNUNG:	SPÄTESTENS 29.01.2027

Die eigentlichen Bauarbeiten sind für den Streckenabschnitt in einem Zeitrahmen von maximal 6 Wochen abzuwickeln. Baubeginn und Bauende innerhalb des oben genannten Zeitrahmens sind mit dem AG auch in Abhängigkeit von den Haushaltsvorgaben festzulegen. Mit der Angebotsabgabe ist vom AN die aus seiner Sicht mögliche Bauzeit zu benennen. Die genaue Terminierung erfolgt im Rahmen eines Bietergespräches.

32 RECHNUNGSSTELLUNG, NACHTRÄGE

Alle Rechnungen sind 3-fach beim ausschreibenden Ingenieurbüro einzureichen. Sie werden von der Bauleitung festgestellt und zur Auszahlung an den AG weitergeleitet.

Mit jeder Rechnung ist eine vollständige Mengenermittlung mit den erforderlichen Abrechnungsplänen vorzulegen. Unvollständige Unterlagen führen zur Nichtbearbeitung der Abschlagsrechnungen.

Für die Prüfung der Schlussrechnung wird für den AG eine Bearbeitungszeit von max. 8 Wochen vereinbart!

Unvollständige Unterlagen führen zur Nichtbearbeitung der Abschlagsrechnungen. Die Abschlagsrechnungen sind immer entsprechend dem Stand der Bauausführung und mit den vorläufigen Aufmaßen mit der Gesamtsumme zu stellen. Vorangegangene Abschlagszahlungen werden von der Gesamtsumme abgezogen.

Nachtragsangebote (Preisvereinbarungen) sind dem Ingenieurbüro vor Ausführung der Bauleistung zur Prüfung vorzulegen. Sie müssen eine genaue Leistungsbeschreibung, die voraussichtlichen Mengen und eine prüfbare Aufgliederung des geforderten Einheitspreises und der Materialpreise mit Materialkostenzuschlag enthalten. Nach Anerkennung durch den AG werden sie Bestandteil des Bauvertrages.

Unterlässt der Auftragnehmer die Stellung eines solchen Nachtrages, so erklärt er dadurch, dass er den vorliegenden Leistungsbeschrieb für die sach-, fach- und plangemäße Ausführung der jeweiligen Einzelleistung für ausreichend erachtet und darüber hinaus keine Vergütung erwartet und fordert.

Der AG behält sich vor, getrennte Rechnungstellungen und Aufgliederungen zu fordern. Der Aufwand hierfür ist in die EP einzurechnen.

33 SONSTIGES

Der Bieter hat sich vor der Angebotsabgabe über die örtlichen Verhältnisse eingehend zu unterrichten. Die vorstehenden Angaben befreien den Bieter nicht von der Verpflichtung der genauen Prüfung der für das Angebot maßgebenden Verhältnisse. Spätere Kosten für Behinderungen und Erschwernisse können nicht geltend gemacht werden.

Greifen die Baustellen mehrere Auftragnehmer ineinander, so haben sie die Arbeitsvorgänge im gegenseitigen Einvernehmen so zu regeln, dass sie sich nicht behindern und die Güte der Arbeiten sowie die Fertigungsfristen gewahrt werden.

Anlagen und Anlageteile dürfen erst nach der erfolgten Abnahme der Leistung durch den AG in Betrieb genommen werden.

Der Bauleitung ist ein verantwortlicher Projektleiter/Polier zu benennen. Einem Personenwechsel wird nur aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse zugestimmt:

Bauleiter:

Polier:

Mit dem Bauvertrag ist eine Vertragserfüllungsbürgschaft von 5% der Auftragssumme beim AG zu hinterlegen. Für den Gewährleistungszeitraum wird eine Gewährleistungsbürgschaft von 2% der Auftragssumme verlangt, die beim AG zu hinterlegen ist.

Auf der Baustelle sind die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten und die Arbeitsschutzgesetze einzuhalten. Im Baubüro ist die „Gelbe Mappe“ der Berufsgenossenschaft bereitzuhalten. Die persönlichen Schutzausrüstungen sind auf der Baustelle zu tragen.

Die Subunternehmer sind zu benennen und vom AG genehmigen zu lassen. Die Eignung des verarbeitenden Betriebes und die Fachkenntnis sind nachzuweisen. Dies ist mittels Zulassung als Fachbetrieb (Präqualifikation) bzw. dem Nachweis vergleichbarer Objekte aus den vergangenen Geschäftsjahren zu erbringen.

Vor Baubeginn sind die Spartenpläne einzuholen und die betroffenen Sparten zu informieren. Die vorhandenen Leitungen sind von den Sparten kennzeichnen bzw. markieren zu lassen.

34 BEHINDERUNGEN

Der AN hat Behinderungen, insbesondere solche, die zu einer Fristverlängerung führen können, dem AG unverzüglich anzuzeigen und die Anerkennung von Ausfalltagen schriftlich zu beantragen.

Für Ausfalltage, die sowohl für den AN als auch für den AG unabwendbar und somit von keiner Vertragspartei zu vertreten sind, hat der AN keinen Anspruch auf Vergütung.

Als Verlängerung der festgelegten Fristen werden nur Witterungsverhältnisse anerkannt, welche die Fortsetzung der Bauleistungen unmöglich machen z.B. Behinderung durch Frost oder Auftreten von Hochwasser.

Verfügt der AG eine Arbeitsunterbrechung, wenn seiner Ansicht nach die Güte der Arbeit wegen widriger Witterungsverhältnisse (z.B. Wintereinbruch) beeinträchtigt wird, berechtigt eine derartige Unterbrechung den AN nicht zu Ersatzansprüchen, ist jedoch Grund für eine Fristverlängerung.

35 GEWÄHRLEISTUNG

Nach VOB/B §13 Abs. 4 beträgt die Gewährleistungen für alle Bauteile 4 Jahre und für Mängelbeseitigungsleistungen 2 Jahre.

Der AN hat mind. 4 Wochen vor Ablauf der jeweiligen Gewährleistungen, den AG schriftlich über den Ablauf der Gewährleistung zu informieren. Unterlässt der AN diesen schriftlichen Hinweis verlängert sich die Gewährleistung jeweils um weitere 4 Wochen, solange bis entweder der schriftliche Hinweis erfolgt oder aber die Gewährleistungsabnahme erfolgt ist. Ein stillschweigender Gewährleistungsablauf erfolgt nicht.

36 ANGEBOTE

Die im Angebot abzugebenden Preise sind als Festpreise zu kalkulieren. Eine Stoffpreis- und Lohngleitklausel findet keine Anwendung. In die Angebotspreise sind alle Haupt- und Nebenkosten einschließlich Vorhalten von Baugeräten und Fahrzeugen usw. einzurechnen, die zur bedingungsmäßigen Ausführung der

ausgeschriebenen Leistung erforderlich sind, soweit die Ausschreibungsunterlagen nicht ausdrücklich Ausnahmen aufführen.

Falls Sondervorschläge zugelassen sind, dürfen sie nicht von den in den Ausschreibungsunterlagen angegebenen Grundsätzen, Vorgaben und Ausgangswerten abweichen und müssen die gestellten bautechnischen Forderungen und sonstigen Bedingungen berücksichtigen. Sie müssen durch statische Berechnungen, Zeichnungen, Massenermittlungen und technische Erläuterungen belegt und prüfbar sein.

Der AG behält sich vor, die ausgewiesenen Bedarfspositionen sowie die Stundenlohnarbeiten bei der Wertung der Angebote nicht zu berücksichtigen. Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in "Mischkalkulationen" auf andere Leistungspositionen umlegt, sind grundsätzlich von der Wertung nach § 25 Nr. 1 Abs. 1 b VOB/A auszuschließen. Mit der Angebotsabgabe erklärt der AN, dass alle Festlegungen des Langtextes volle Gültigkeit behalten und dieser sowohl der Ausführung als auch der Abrechnung zugrunde gelegt wird. Im Zweifel besitzt der Langtext Vorrang.